

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. wöchentlich 20 Pf. Alle Postgebühren und Postumschlaggebühren, nehmen zu werden. Im Falle höherer Preisänderungen behält sich die Redaktion die Befugnis vor, den Preis zu erhöhen. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Witzpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Abbestellungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch die Redaktion eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 191 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, den 17. August 1933

## Der Aufbau des deutschen Mittelstandes.

Die Zeit des Umbaus sowohl der rein wirtschaftlichen als jener Organisationen, die man vielleicht als „wirtschaftspolitische“ bezeichnen kann, nähert sich mit raschen Schritten ihrem Ende und ein besonders großer Schritt wurde dadurch getan, daß nun auch für den deutschen Mittelstand eine klare „Auseinandergliederung“ geschaffen worden ist. Wenn in dieser Zeit des Übergangs ebensoviel zu neuen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Anschauungen wie zu neuen organisatorischen Zusammenfassungen die Grenzen sich erst noch vielfach verwischten und erst dann klar und scharf gezogen werden konnten, so war dies letztere gerade beim Mittelstand ganz besonders schwierig, weil hier von allerseits die Zersplitterung und das Gegeneinander der Organisationen beunruhigend immer sehr groß gewesen ist; anders als bei der Arbeiter- und Angestelltenbewegung in den heute hinter uns liegenden Zeiten gelang es nie, den Mittelstand „unter einen Hut zu bringen“, — was übrigens nicht etwa nur von den Organisationen, sondern überhaupt für die Einzelmitglieder des Mittelstandes galt. Auch jetzt wird wohl von oben nach unten, von der Leitung zu den mittleren und unteren Organen und Organisationen herunter erst noch viel Arbeit geleistet und manches Mißverständnis ausgeräumt werden müssen, ehe bis ganz nach unten hin die Grenzen gezogen und die trotzdem bestehenden engen Beziehungen gestärkt und festiggebaut sind.

Dabei ist die jetzt vollzogene Umformung im Grunde genommen ganz einfach und klar. Der Kampf um den gewerblichen Mittelstand, der in den ersten Monaten der nationalen Erneuerung der Träger des Kampfes um die Macht in diesem von ihm rasch eroberten Wirtschaftsbereich war, ist jetzt nicht mehr vorhanden, wie es in dem offiziellen Bericht über die Besprechung zwischen den Führern des Kampfbundes und dem Führer der gesamten Mittelstandsorganisationen Dr. Rentzen, heißt. Der Kampf um die „Auseinandergliederung“ worden, nach zwei Seiten hin, deren eine die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation — N.S. Hago — ist und, äußerlich gesehen, alle beim „Kampfbund“ vor dem 1. Mai eingetretene Mitglieder umfaßt der NSD, entspricht und ebenso wie diese einen Teil der Parteiorganisation darstellt und der Parteileitung untersteht. — Zweitens: Alle „Kampfbund“-Mitglieder, die vor dem 1. Mai beigetreten sind, sowie alle anderen Organisationen und Mitglieder des Mittelstandes gehören zum Gesamtverband des deutschen Handwerks, Handels und Gewerbes (G.H.G.), und dieser Gesamtverband vertritt die drei mittelständischen Berufs innerhalb der deutschen Arbeitsfront. Damit ist in dieser der vier Reichsstände geschaffen worden, neben den Arbeitern, den Angestellten und den industriellen Unternehmern jetzt auch der Mittelstand.

Nun ist selbstverständlich jedes Mitglied der „N.S. Hago“ auch gleichzeitig Mitglied des Gesamtverbandes nicht bloß äußerlich, sondern die „N.S. Hago“ hat im Gesamtverband ganz bestimmte Aufgaben, aber nur nationalpolitisch-erzieherische im Geiste des Nationalsozialismus; besteht sie doch aus den älteren erprobten Kämpfern unter Hitlers Führung und soll daher auch im Gesamtverband überall dort die Führer stellen wo diese leistungsfähig und geeignet für die Bewältigung wirtschaftspolitischer Aufgaben sind. In Anbetracht ihrer Aufgabe der Erziehung zum Nationalsozialismus ist die N.S. Hago also auch nicht etwa sachlich, sondern regional organisiert, d. h. wieder ebenso wie die NSD.

Der „Gesamtverband“ hingegen, der übrigens denselben Führer hat wie die N.S. Hago, nämlich Dr. von Rentzen, ist die Zusammenfassung der drei großen Gruppen seiner Mitglieder aus Handwerk, Gewerbe und Handel, die ihrerseits wieder ihre Fachverbände umschließen. Wie weit diese, namentlich in der unteren und mittleren Organisationen der Verbände, Innungen, Vereine usw. etwa Veränderungen oder Zusammenschlüsse bei allzu großer Zersplitterung erfahren werden, wird man zukünftiger organisatorischer Arbeit überlassen müssen, ebenso wie z. B. die Frage von Zwangsverbänden, Zwangsverbänden für alle Mitglieder des betreffenden Berufes oder Gewerbes. Daß die Entwicklung nach dieser Richtung hin geht, das ergibt sich schon aus der Herausarbeitung des Gedankens eines berufständischen Aufbaus, der seine wirtschaftlichen Grundlagen eben in diesen Fachverbänden hat, aber als „einstufige Aktion“ im Sinne dieser nationalsozialistischen Idee erst der Erziehung und Etablierung des einzelnen Menschen bedarf. Und hierzu ist eben vor allem die N.S. Hago geschaffen worden. Bei der es, wie gesagt, Fachgruppen nicht gibt.

## Reichstagsbrand und Auslandsheze.

### Unbekanntes Material zum Reichstagsbrand?

Schreiben des Oberreichsanwaltes an den Schweden Branting und den Franzosen Roland.

Für den Herbst steht bekanntlich der Beginn des Prozesses gegen die Reichstagsbrandstifter bevor. Der Oberreichsanwalt hat nun an den schwedischen Rechtsanwalt Branting und an den französischen Schriftsteller Romain Roland Schreiben gerichtet, in denen er sie bittet, ihm das ihnen angeblich zur Verfügung stehende „Material“ zur weiteren Auswertung zu übergeben.

Wie die dänische sozialdemokratische Zeitung „Sozialdemokraten“ im Juli meldete, hatte Rechtsanwalt Branting gegenüber einem Berichterstatter behauptet, er sei Mitglied einer „Kommission international anerkannter Juristen“, die demnächst im Haag ein Gutachten darüber abgeben würde, was in der Reichstagsbrand-Sache von ihnen „für recht und richtig“ erachtet werde, und zwar auf

Grund „tatsächlicher Aussagen aus erster Hand und Berichte“. Der Oberreichsanwalt legt selbstverständlich Wert darauf, dieses den deutschen Behörden noch unbekanntes „Material“ ebenfalls kennenzulernen, um es bei der Führung der Anklage verarbeiten zu können — sofern es sich wirklich um wahre und zweckdienliche Angaben handeln sollte und nicht etwa um irgendwelche Erfindungen oder gar böswillige Behauptungen aus irgendwelchen Emigrantentreisen.

Der französische Schriftsteller Romain Roland seinerseits hatte in einem an den deutschen Botschafter in Paris gerichteten Schreiben erklärt, er müsse die als Mittäter bei der Reichstags-Brandstiftung beschuldigten Vulgaren nach den ihm vorliegenden Erfindungen für unschuldig halten. Der Oberreichsanwalt bittet auch ihn um Überlassung seiner Unterlagen, um den Sachverhalt restlos aufzuklären und etwa für die Unschuld der Angeklagten vorliegende Anzeichen nachprüfen zu können.

Die deutsche Anklagebehörde hat damit alle Möglichkeiten zur völligen Klärung des Falles ausgenutzt. Es wird sich ja nun herausstellen, was an den Behauptungen der Herren Branting und Roland dran ist.

## Untrügliche Besserungszeichen

### Anhaltende konjunkturelle Besserung der Wirtschaftslage.

Die Beschäftigung der Industrie nahm im ersten Halbjahr 1933 in fast allen Zweigen beträchtlich zu. Die Zahl der Beschäftigten Arbeiter ist gegenüber dem saisonmäßigen Tiefpunkt im Januar um 15 Prozent gestiegen. Die Gesamtzahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden hat sich sogar um 25 Prozent erhöht; die Wirtschaftsbelebung ist also noch stärker, als der Zunahme der Beschäftigten hervorgeht. Dementsprechend ist auch die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit eines Arbeiters von 6,7 Stunden im Januar auf 7,2 im Juni gestiegen.

Die Beschäftigung steigt zwar in jedem Jahr in den Frühjahrsmonaten. Indes ist die Zunahme dieses Mal stärker als in den letzten Jahren; sie kann also aus saisonmäßigen Gründen allein nicht erklärt werden. Die Entwicklung seit Januar 1933 stellt vielmehr eine konjunkturelle Besserung der Wirtschaftslage dar, die in beträchtlichem Umfang durch die Maßnahmen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung bedingt ist.

Am stärksten hat sich der Fahrzeugbau belebt. Durch die Steuererleichterungen für Kraftfahrzeuge hat sich der Absatz besonders von Kraftwagen so erhöht, daß die Beschäftigung der Kraftwagenindustrie fast den Stand von 1929 erreicht hat. Der Saisonanstieg hält auch viel länger an als in den Vorjahren; während der Höhepunkt in den früheren Jahren im Mai erreicht war, ist die Beschäftigung in diesem Jahr noch im Juni gestiegen. Auch in der Fahrradindustrie ist die Zunahme beträchtlich, schwächer dagegen in der Kraftabindustrie.

Innerhalb der Verbrauchsgüterindustrie ist die größte Belebung in den Industriezweigen festzustellen, die Hausrat und Gegenstände für den Wohnbedarf herstellen. In dieser Gruppe ist die Beschäftigung so stark gestiegen, daß fast der Beschäftigungsstand von 1931 wieder erreicht worden ist. Die Belebung dürfte in beträchtlichem Umfang auf die Maßnahmen der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung zurückzuführen sein, die im Gegensatz zu früheren Aktionen so breit angelegt sind, daß sie auch die Geschäftstätigkeit der Verbrauchsgüterindustrie (Echstandsbranche) unmittelbar beeinflussen. Nur wenig geringer ist die Zunahme in der Bekleidungsindustrie. — Im Einklang damit steht der

Rückgang der Zahl der Konkursanmeldungen, der gegenüber dem ersten Halbjahr 1932 etwa 43,4 Prozent betrug, für die Vergleichsverfahren sogar 76,6 Prozent. Der Anteil der mangels Masse abgelehnten Konkursanträge an der Gesamtzahl der neuen Konkurse beträgt 18,4 Prozent im ersten Halbjahr 1933 gegenüber 36,2 Prozent im gleichen Zeitraum des Vorjahres; die Konkursöffnungen sind also erheblich stärker zurückgegangen als die restlosen Zusammenbrüche. Diese Erscheinung darf nicht in vollem Umfang als eine Verschärfung der Zusammenbrüche überhaupt gedeutet werden, da die Zahl der mangels Masse abgelehnten Konkursanträge

nach den vorliegenden Beobachtungen den Konjunkturschwankungen weniger ausgesetzt ist als die der eröffneten Verfahren.

Der starke Rückgang der Konkurse und Vergleichsverfahren ist aber andererseits an und für sich noch kein Zeichen einer Besserung der Wirtschaftslage. Im zweiten Vierteljahr 1933 — besonders im Juni — ist der Rückgang der eröffneten wie auch der mangels Masse abgelehnten Konkurse und der Vergleichsverfahren allerdings so stark, daß er auch als Ausdruck einer Zunahme des wirtschaftlichen Vertrauens zu werten ist.

Der Rückgang der Wechselproteste. Im ersten Halbjahr 1933 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit betrug der Anstieg nach 42,2 Prozent und dem Gesamtbetrag nach 57,2 Prozent. Der Durchschnittsbetrag je Protestwechsel ist von 182 auf 135 Mark gesunken, die Protestquote von rund 6 pro Tausend auf rund 3 pro Tausend. Die niedrigen Zahlen der Wechselproteste in den letzten Monaten stehen mit dem auf anderen Gebieten deutlich sichtbaren Zeichen der wirtschaftlichen Belebung im Einklang.

Der vorstehend wiedergegebene Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland widerlegt klar die wirtschaftlichen Greuelmeldungen, mit denen gewisse Teile des Auslandes noch immer gegen das nationale Deutschland wühlen zu dürfen glauben. Immer wieder liest man in ausländischen Blättern, die deutschen Berichte über den Rückgang der Arbeitslosen zahlen seien „gefälscht“ und die Abnahme der deutschen Ausfuhr sei nicht zu leugnen. Nun, der vorstehende Bericht beweist mit unwiderleglichen Zahlen und Sachangaben, daß und warum die Arbeitslosigkeit in Deutschland tatsächlich in einem so erstaunlichen Maße zurückgegangen ist, wie man es noch zu Bräunungszeiten für unmöglich gehalten hätte. Und daß die deutsche Ausfuhr zurückgegangen ist, hat bisher noch niemand in Deutschland bestritten, aus dem einfachen Grunde nämlich, weil es der nationalen Regierung Hitler wirtschaftspolitisch zuerst auf das Wichtigste, auf die Stärkung des Binnenmarktes, ankam. Gerade die aber wird ebenfalls durch den vorstehenden Bericht klar bewiesen.

### Der Kampf geht weiter!

Ausnutzung des ostpreussischen Arbeitsflusses. Oberpräsident Koch hat aus Anlaß des Abschlusses des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen drei Aufrufe, und zwar an die Arbeiterschaft und die Bauern Ostpreußens sowie an die Behördenchefen erlassen.

In dem Aufruf an die Arbeiterschaft heißt es u. a.: Die Arbeitsschlacht, die wir in diesem Monat schlagen, muß auch in den nächsten Monaten und Jahren weiter durchgekämpft werden. Diese Arbeitsschlacht ist nur ein Schritt auf dem Wege zu dem uns vor Augen stehenden Ziel. Der Weg zu diesem Ziel ist hart. Soweit ich die Härte mildern kann, wird das geschehen, aber wir alle müssen zusammen diese harte Zeit durchschreiten.